AUFRUF ZU PROTESTEN

gegen die NATO-"Sicherheitskonferenz"am <u>5. und 6. Februar</u> 2010 in München

Aktiv werden gegen NATO-Kriegspolitik!

Den Regierungsmitgliedern der NATO-Staaten, den Militärs, Kriegsstrategen und Rüstungslobbyisten, die sich alljährlich zur so genannten Sicherheitskonferenz in München treffen, ist eines gemeinsam: Sie sind mit verantwortlich für die völkerrechtswidrigen Kriege gegen Jugoslawien, gegen den Irak und Afghanistan mit zehntausenden von Toten, für wachsenden Terror, Folter und Flüchtlingselend.

Die NATO und mit ihr Deutschland hat die ganze Welt zu ihrem Einsatzgebiet erklärt. Gleichzeitig wird die Militarisierung der EU weiter voran getrieben. Die EU rüstet sich, um eigene Kriegseinsätze führen zu können. Im EU-Vertrag ist festgelegt: "Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Es wird ein Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet."

Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt

Grundgesetzwidrig und gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung beteiligt sich die Bundeswehr an dem Krieg in Afghanistan. Dort geht es um geostrategische Interessen, die mit Hilfe der NATO militärisch durchgesetzt werden sollen: Um den Zugang zu Märkten und Rohstoffen, um die Vormachtstellung der reichen und mächtigen NATO-Staaten und deren militärische Präsenz in dieser Region. Für die Bevölkerung Afghanistans bedeutet das Bombenter-

ror, Vertreibung, Zerstörung, Folter und tausendfachen Tod.

"Sicherheitskonferenz" 2010: Alter Wein in neuen Schläuchen!

Nachdem auch den verantwortlichen Politikern immer klarer wird, dass ihre Ziele allein mit militärischen Mitteln nicht erreichbar sind, versucht die NATO nun einen Strategiewechsel zu vollziehen, der sich auch bei der "Münchner Sicherheitskonferenz" niederschlägt.

Mit dem Konzept der zivilmilitärischen Zusammenarbeit und der Instrumentalisierung von Nichtregierungsorganisationen sollen die alten NATO-Ziele effektiver verfolgt werden. Dazu gehören auch die Einbeziehung von Unternehmen und Energiefachleuten sowie die Aufnahme von Themen wie Abrüstung, Rohstoffsicherheit, Piraterie, Terrorismus oder "Human Security" bei zukünftigen "Sicherheitskonferenzen".

Zur Debatte stehe – so eine Erklärung des Chefs der "Sicherheitskonferenz" – ob "zur Durchsetzung sicherheitspolitischer Interessen weiterhin im Kern die NATO oder aber vielmehr die EU oder beide Strukturen mit ihren jeweiligen militärischen Fähigkeiten genutzt werden sollten". Das Ergebnis dieser "militärischen Fähigkeiten" erleben die Menschen derzeit in Afghanistan.

Deshalb ist auch die "Sicherheitskonferenz" 2010 eine Kriegskonferenz, der wir uns mit vielfältigem und kreativem Protest entgegenstellen.

Schluss mit dem NATO-Krieg gegen Afghanistan! Bundeswehr raus!

Nicht ein sofortiger Abzug aller fremden Truppen ließe Afghanistan im Chaos versinken, vielmehr sind der NATO-Kriegsterror und die andauernde Besatzung für das tödliche Chaos in diesem Land verantwortlich.

Mit einem sofortigen Abzug der Bundeswehr, aller fremden Truppen und Söldner, sind die Probleme Afghanistans zwar nicht gelöst, aber dieser Abzug ist wesentliche Voraussetzung für eine selbstbestimmte und friedliche Entwicklung und den Wiederaufbau des Landes.

Gegen jede deutsche Kriegsbeteiligung!

Die NATO-Kriegsallianz und die zukünftige Militärmacht EU sind eine Bedrohung für die Menschheit.

Das Kriegsbündnis NATO gehört abgeschafft. – Deshalb fordern wir auch:

 Raus aus der NATO Raus aus allen Militärstrukturen der EU Bundeswehr abschaffen!

Die Milliarden für Rüstung und Krieg müssen in soziale Sektoren umgeleitet werden!

Derzeit entfallen mehr als Zweidrittel der weltweiten Militärausgaben von rund 1400 Mrd. Dollar jährlich auf die NATO-Staaten. Gleichzeitig wächst die

weiter auf der Rückseite

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ

weltweite Armut. Die Zahl der Hungernden ist im vergangenen Jahr auf über ein Milliarde Menschen angestiegen. Die Politik der reichen und mächtigen Staaten – insbesondere der USA und der EU-Länder – ist auch hauptverantwortlich für die Plünderung der Ressourcen, die zunehmende Umweltzerstörung und die Klimakatastrophe. Diese Politik dient in erster Linie den Profitinteressen der großen Banken, der Konzerne und Waffenproduzenten.

Während hierzulande Milliarden für neue Waffensysteme und die weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr ausgegeben werden, zerstört die Bundesregierung die Sozialsysteme. Arbeitslose und Beschäftigte, Jugendliche, Rentnerlnnen und Sozialhilfeempfängerlnnen werden immer stärker belastet. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer.

Flüchtlinge und MigrantInnen werden als "Sündenböcke" präsentiert – nicht nur von den Nazis

Krieg, Hunger, Folter, Umweltzerstörung und Perspektivlosigkeit sind Ursachen für millionenfaches Flüchtlingselend. Deshalb wenden wir uns gegen die Abschottung der EU-Außengrenzen, gegen Frontex-Einsätze, bei denen auch mit militärischen Mitteln gegen Flüchtlinge vorgegangen wird, gegen jede Ausgrenzung von Migrantlnnen, gegen diskriminierende Ausländergesetze, die faktische Abschaffung des Asylrechtes, gegen Abschiebung und jede Form von Rassismus.

 Fluchtursachen bekämpfen – nicht die Flüchtlinge!
Keine Lager
Kein Stacheldraht
Keine Abschiebung!

München darf keine Polizeifestung werden!

Mit unserer Demonstration gegen die so genannte Sicherheitskonferenz treten wir ein für das uneingeschränkte Recht auf Versammlungs-, Meinungsund Demonstrationsfreiheit.

Unter dem Vorwand wachsender Terrorgefahr werden systematisch demokratische Grundrechte abgebaut und das Grundgesetz ausgehöhlt. Die grundgesetzwidrige Vermengung der Aufgaben von Polizei und Verfassungsschutz, Onlinedurchsuchungen, Vorratsdatenspeicherung, die biometrische Erfassung aller Bürger, der Unterbindungsgewahrsam oder die Beschneidung des Demonstrationsrechts markieren den Weg

GEGEN DIE NATO-"SICHERHEITSKONFERENZ" 2010

in einen autoritären Überwachungsstaat. Verfassungswidrige Bundeswehreinsätze im Innern werden bereits zur Unterstützung der Polizei praktiziert.

Rüstung und Krieg, Sozialabbau und wachsende Armut erfordern gemeinsames Handeln aller emanzipatorischen Bewegungen.

Wir widersetzen uns dem kapitalistischen System, das für Profit über Leichen geht, und setzen uns ein für Abrüstung und eine Welt ohne Ausbeutung, Krieg und Besatzung.

Zeigen wir den selbsternannten Weltherrschern und Kriegsstrategen: Ihr seid hier in München und überall unerwünscht. Eurer Politik des Neoliberalismus, der Rüstung und des Krieges setzen wir unseren Widerstand entgegen.

Wir rufen dazu auf, gemeinsam und kreativ gegen die NATO-Kriegstagung am Freitag und Samstag, 5./6. Februar 2010, in München zu demonstrieren.

- Gegen Rassismus und Krieg
- NATO abschaffen
- Eine andere Welt ist möglich

Samstag, 13. Februar 2010: Nazi-Aufmarsch in Dresden verhindern!

Tausende Neonazis wollen auch 2010 wieder anlässlich der Bombardierung der Stadt 1945 durch Dresden marschieren und damit die deutschen Kriegsverbrechen relativieren. Beteiligt euch an den antifaschistischen Aktionen vor Ort!



Rückmeldungen per eMail an: jtepperies@aol.com – oder per Fax an: 089 - 168 94 15

als Organisation (Name):______als Einzelperson (Namen):______Adresse:_____

_____ Fax: ___

Jg, ich/ wir unterstütze/n den AUFRUF DES AKTIONSBÜNDNISSES

eMail:____

Unterschrift:

Unterstützungsbeiträge für Einzelpersonen und kleine Gruppen: mind. 30.– Euro / Organisationen: 50.– Euro und mehr

Spendenkonto: Martin Löwenberg Kto.-Nr. 28264802

Postbank München BLZ: 700 100 80 Stichwort SiKo2010

Einzelperson / Organisation



Aktuelle Informationen: www.gegen-krieg-und-rassismus.de

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ